

Medienmitteilung

Bausparen

Bausparen vorläufig vom Tisch – Mietende fordern weiter Steuergerechtigkeit ein

Mit dem Nein des Ständerats wurde die Einführung des steuerprivilegierten Bausparens vorläufig gestoppt. Der Mieterinnen- und Mieterverband ist erfreut, dass damit ein zusätzliches Steuerprivileg im Zusammenhang mit dem Wohneigentum im Parlament gescheitert ist. Es bleiben aber noch viele Aufgaben, um mehr Steuergerechtigkeit zwischen Mietenden und WohneigentümerInnen zu erreichen.

Der Ständerat hat in der Schlussabstimmung den indirekten Gegenvorschlag zu zwei Bauspar-Volksinitiativen abgelehnt. Damit hat er sich der Meinung von 22 Kantonen und dem Bundesrat angeschlossen, die das steuerprivilegierte Bausparen als unnützlich, ineffizient und ungerecht ablehnen. Vom Bausparen profitieren Personen mit einem hohen Einkommen. Weniger Begüterten hilft das Bausparen dagegen nicht, Wohneigentum zu kaufen.

Der Besitz von Wohneigentum wird bereits heute steuerlich begünstigt – alleine auf Bundesebene mit rund 500 Millionen Franken jährlich. Weitere Steuervergünstigungen sind für all jene ungerecht, die kein Wohneigentum kaufen können oder wollen. Diese Vergünstigungen führen zu Steuerausfällen, die die Allgemeinheit berappen muss. Der Mieterinnen- und Mieterverband wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auch zwischen MieterInnen und WohneigentümerInnen Steuergerechtigkeit hergestellt wird. Wer gleich viel verdient und gleich viel Vermögen hat, soll gleich viele Steuern bezahlen – egal ob er Eigenheimbesitzer oder Mieter ist.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband ist zuversichtlich, dass die beiden Volksinitiativen in der Urnenabstimmung abgelehnt werden. Die Bevölkerung hat bereits zwei Mal die Einführung des Bausparens abgelehnt.

Marina Carobbio, Präsidentin SMV, Tel 079 214 61 78

Carlo Sommaruga, Generalsekretär ASLOCA Romande, Tel. 079 221 36 05

Anita Thanei, Präsidentin SMV/D, Tel. 079 634 47 18

Michael Töngi, Generalsekretär SMV, Tel. 079 205 97 65